

**Antragsteller:** Juso-Kreisverband Tübingen

**An:** Juso-Landesausschuss, SPD-Bundestagsfraktion, SPE-Fraktion

## 1 **Klimaschutz und Kopenhagen**

2 Das Ergebnis der Klimakonferenz von Kopenhagen ist für viele Menschen weltweit ernüchternd. Zwar  
3 wurde das Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf unter 2°C zu begrenzen, um die schlimmsten  
4 Folgen des anthropogenen Treibhauseffekts zu mindern, erstmals von der internationalen  
5 Staatengemeinschaft zur Kenntnis genommen. Allerdings konnten sich die  
6 Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer nicht auf verbindliche gemeinsame Zielvorgaben einigen.

7 Viele Industrienationen, Entwicklungs- und Schwellenländer werden klimaschädliche Gase auch  
8 weiterhin unbegrenzt ausstoßen. Die Folgen des Klimawandels müssen zum Großteil nicht von  
9 dessen hauptsächlich Verursachern getragen werden. Am schlimmsten trifft es die ärmeren und  
10 unterentwickelten Regionen dieser Erde. In Afrika wird sich die Wüste weiter unkontrolliert  
11 ausbreiten und im Pazifischen Ozean werden ganze Inselketten im Ozean versinken. Um die  
12 negativen Folgen der Klimaänderung zu minimieren, sind globale Anstrengungen nötig und ein  
13 völkerrechtlich verbindliches Abkommen letztlich unumgänglich.

14 Deutschland trägt hier, wie alle Industrienationen, eine große Verantwortung. Unsere industrielle  
15 Entwicklung haben wir nicht nachhaltig gestaltet und andere Völker leiden schon jetzt unter den  
16 Folgen.

17 In Deutschland und der Europäischen Union sind zwar bereits erste Mechanismen zur Minderung  
18 und Begrenzung der Treibhausgasemissionen installiert worden, wie das Erneuerbare  
19 Energiengesetz, das Gesetz zur Kraft-Wärme-Kopplung oder der europäische Zertifikatehandel. Dies  
20 sind erste Schritte, die in die richtige Richtung gehen, aber nicht ausreichen. Wir als Europäer müssen  
21 unser Engagement weiter intensivieren.

22 Deshalb fordern wir die Bundesregierung dazu auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

### 23 **1 Investitionsprogramm für umweltfreundliche Infrastruktur**

24 1.1 Ausbau des Schienennetzes

25 1.2 Subvention des ÖPNV und des Schienenfernverkehrs

26 1.2.1 Zur Sicherung dieses Angebots soll die DB AG in staatlichem Eigentum verbleiben.

27 1.3 Verbesserung des ÖPNV im ländlichen Raum

28 1.4 Intensivierung der Investitionen in die Erforschung alternativer Antriebsformen

### 29 **2 Klimaschutz in Entwicklungs- und Schwellenländern unterstützen**

30 2.1 Austauschen von Technologien im Bereich der Umwelttechnologien und der regenerativen  
31 Energiegewinnung.

32 2.2 Direkte Entwicklungshilfe für den Ausbau regenerativer Energien, umweltfreundliche Produktion  
33 und den öffentlichen Verkehr

34

35

- 36 **3 Klimaschutz europaweit beibehalten und ausbauen**
- 37 3.1 Gegenseitige Kontrolle
- 38 3.2 Regelmäßige Gespräche über neue Ziele
- 39 3.3 Der Energiekommissar muss sich persönlich für regenerative Energien einsetzen.
- 40 3.4 Ziel muss es sein, Europa als Vorbild im Klimaschutz zu etablieren, um so zu zeigen, dass
- 41 nachhaltiges Wirtschaften mit wachsendem Wohlstand einhergeht.
- 42 **4 Verhalten bei einer neuen Klimakonferenz**
- 43 4.1 Die Sorgen der Entwicklungs- und Schwellenländer müssen ernst genommen werden
- 44 4.2 Die Entwicklungs- und Schwellenländer - wie beispielsweise China müssen Verantwortung
- 45 übernehmen und besser in die Verhandlungen eingebunden werden.
- 46 4.3 Die verbindliche Einigung auf eine Begrenzung des Treibhausgasausstoßes ist zwingend!

**Begründung:**

Wenn ein erneuter Klimagipfel scheitert, werden nie dagewesene, sehr schwierige Herausforderungen auf die Welt zukommen. Die Ärmsten der Armen werden dabei die größte Last tragen müssen. Deshalb ist es wichtig, die Erwärmung der Erde auf unter 2°C zu begrenzen und die Bundesregierung ist verpflichtet, alles dafür zu tun. Im Inland genauso wie auf diplomatischer Ebene in Europa und der Welt; auch wenn nationale Wirtschaftsinteressen dabei tangiert werden.